



Zeit(ungs)geschehen 2008/2009

Zeit(ungs)geschehen 2008/2009

Von Anja Pasquay

Chronik¹

Diese Chronik dokumentiert, was im Berichtszeitraum 2008/2009 für den BDZV bedeutsam war. Sie erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

4. August

Olympische Spiele: Zeitungsverleger verurteilen Internetsensur in Peking

Der BDZV ruft angesichts der Internetsensur in China zu einem offensiven Umgang mit den Einschränkungen bei der Olympia-Berichterstattung auf. „Leser, Hörer und Zuschauer müssen umfassend über die äußerst fragwürdigen Umstände aufgeklärt werden“, fordert BDZV-Präsident Helmut Heinen. Die Zeitungen würden mit Sicherheit die geplante Tätigkeit ihrer Korrespondenten neu überdenken. Einen Medienboykott lehnt Heinen jedoch ab; er fordert: „Missstände müssen offen gelegt und öffentlich gemacht werden.“

7. August

Bundeskanzlerin Merkel: Leseförderung stärkt Demokratie

„Leseförderung stärkt die Demokratie und bietet Perspektiven für alle – gerade auch für bil-

dungsschwache Bevölkerungskreise und Menschen mit Migrationshintergrund“, betont Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Stiftung Lesen in Mainz. Das Verständnis komplexer Texte sei eine wesentliche Voraussetzung, um in der Wissens- und Informationsgesellschaft erfolgreich bestehen zu können. Bundespräsident Horst Köhler hatte zum Geburtstag der Stiftung ins Schloss Bellevue nach Berlin eingeladen und würdigte engagierte Leseförderer.

20. August

Presseausweis: Qualität bleibt unangetastet

Der neue Presseausweis liegt vor. Er habe nach dem Rückzug der Innenminister nichts von seiner Qualität eingebüßt und bleibe weiterhin ein unverzichtbares Recherchewerkzeug für professionelle Journalisten, erklären die sechs ausstellenden Verbände: BDZV, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Deutscher Journalisten-Verband, Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di, Freelens und Verband Deutscher Sportjournalisten. Zuvor hatte die Innenministerkonferenz eine Ausweitung der ver-

gebenden Organisationen und eine Aufweichung der Vergabekriterien gefordert und die Zusammenarbeit beendet, da die Verbände diese Forderungen mit Hinweis auf die notwendige Professionalität der Ausweisinhaber zurückgewiesen hatten.

10. September

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis an sechs Journalisten

Über den Erfolg der Zeitungen in der digitalen Informations- und Kommunikationskultur entscheidet vor allem die Qualität der redaktionellen Leistungen. Diese müsse noch weiter ausgebaut werden – gedruckt, online und mobil. Das erklärt der Vorsitzende des Kuratoriums Theodor-Wolff-Preis, Hermann Neusser, zugleich Verleger des Bonner „General-Anzeigers“, anlässlich der Verleihung des Journalistenpreises

der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis in Köln. Auch der Kölner Verleger Professor Alfred Neven DuMont ruft seine Kollegen dazu auf, verstärkt Anstrengungen um die Qualität des Journalismus zu unternehmen und trotz zu erwartender wirtschaftlicher Herausforderungen nicht am Redaktionsetat zu sparen. Neven DuMont appelliert ferner in seiner Rede vor rund 300 Gästen aus Medien, Kultur, Wirtschaft und Politik an die Zeitungsverlage, selbstbewusst ihre Interessen zu vertreten und verstärkt die Öffentlichkeit zu suchen. Die Zeit der vornehmen Zurückhaltung sei vorbei. Für ihre hervorragenden journalistischen Leistungen werden ausgezeichnet: Mark-Joachim Obert („Frankfurter Rundschau“), Thomas Kistner („Süddeutsche Zeitung“, München), Carolin Emcke („Die Zeit“, Hamburg), Stephan Hermsen („Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung“, Essen) sowie Miriam



Festveranstaltung in Köln: die Preisträger im Stifftersaal des Wallraf-Richartz-Museums, hier mit Hermann Neusser (l.) und Prof. Alfred Neven DuMont (3.v.r.).

1) Berichtszeitraum 1. August 2008 bis 31. Juli 2009

Opresnik und Özlem Topçu („Hamburger Abendblatt“). Gastgeber der Festveranstaltung im Kölner Wallraf-Richartz-Museum ist der Verlag M. DuMont Schauberg. Das musikalische Programm bestreiten die Gruppe „Wise Guys“ und Wolfgang Niedecken („BAP“).

15. September

WAN kritisiert

Yahoo/Google-Werbevereinbarung

Der Weltverband der Zeitungen (WAN) ruft die Wettbewerbsaufsichtsbehörden in Europa und Nordamerika auf, eine Werbevereinbarung zwischen Google und Yahoo wegen Wettbewerbswidrigkeit zu blockieren. Der WAN ist der Meinung, dass die Vereinbarung negative Auswirkungen auf die von den Suchmaschinen an Zeitungen und andere Websites gezahlten Werbeeinnahmen sowie auf die Kosten bezahlter Suchmaschinenwerbung haben werde. „Der WAN glaubt, dass der derzeit bestehende Wettbewerb zwischen Google und Yahoo absolut notwendig ist, um zu gewährleisten, dass unsere Mitglieder wettbewerbsgerechte Erträge für Onlinewerbung auf ihren Websites erhalten, und um beim Kauf bezahlter Suchmaschinenwerbung wettbewerbsgerechte Preise zu erzielen“, erläutert WAN-Präsident Gavin O'Reilly in einem Schreiben an das Kartellamt des US-amerikanischen Bundesministeriums für Rechtspflege, die Europäische Kommission Generaldirektion Wettbewerb sowie das kanadische Kartellamt. Der Weltverband befürchtet, dass die Vereinbarung über die Schwächung des Wettbewerbs hinaus zur Marktbeherrschung durch Google bei der Onlinewerbung führen werde.

15. September

Verleger: Werbeverbote verhindern keinen Alkoholmissbrauch

Verbote und Beschränkungen der Markenwerbung der Alkoholindustrie wären, zeigt eine Analyse der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, gesundheitspolitisch ungeeignet. Zusätzliche Werbebeschränkungen würden zudem die Finanzierungsgrundlage der Presse in Deutschland weiter beschränken. Dieser Effekt schädige die unverzichtbare Funktion der Presse bei Information und Aufklärung über Alkohol in der Bevölkerung. Das betonen der BDZV und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger in einer gemeinsamen Stellungnahme in Berlin. Anlass ist die Anhörung zum geplanten „Nationalen Aktionsplan Alkoholprävention“. Medienbetreiber, Alkoholindustrie, Handel und der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft warnen in Positionspapieren für die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, vor weiteren Verboten von Werbung und Sponsoring. Ein weiterer Abbau des Markenwettbewerbs sei kein effizientes gesundheitspolitisches Mittel zur Verhinderung von schädlichem Alkoholkonsum.

15. September

Anhörung: BKA-Gesetz schränkt Pressefreiheit ein

Der BDZV, der Deutsche Journalisten-Verband und der Deutsche Presserat sehen sich bei der Anhörung im Innenausschuss des Bundestags zum Entwurf des sogenannten BKA-Gesetzes in ihren Bedenken bestätigt: Geladene Sachverständige unterstützen die Kritik der Medienverbände im Hinblick auf den notwendigen Schutz

der Pressefreiheit. Die vorgesehene Regelung sei derart allgemein gefasst, dass sie dem Schutz der Presse – wie er insbesondere vom Bundesverfassungsgericht in aktuellen Entscheidungen wieder hervorgehoben wurde – in keiner Weise gerecht werde. Das BKA-Gesetz sieht weitgehende Befugnisse für das Bundeskriminalamt zur Abwehr von Terrorismus und schweren Straftaten vor – so beispielsweise die Herausgabe des Recherchematerials von Journalisten – obwohl ein Zeugnisverweigerungsrecht zum Schutz der Informanten besteht.

22./23. September

Zeitungskongress: Die Zukunft der Zeitung

Scharfe Kritik übt BDZV-Präsident Helmut Heinen an den Gratiszeitungsplänen der Deutschen Post. Dass ein Unternehmen, bei dem der Staat

größter Aktionär sei, überhaupt an ein solches Projekt denke, sei „eine groteske Vorstellung“. Heinen warnt anlässlich der Eröffnung des Zeitungskongresses in Berlin vor einem „ordnungspolitischen Sündenfall ersten Ranges“. Bundeskanzlerin Angela Merkel sichert den Zeitungsverlegern Unterstützung im Kampf gegen die Gratiszeitungspläne der Deutschen Post AG wie gegen weitere Werbeverbote zu. Das Vorhaben, innerhalb der Europäischen Union Autowerbung nur im Zusammenhang mit Aussagen zum Umweltschutz zu erlauben, sei ein „Auswuchs aus Brüssel“. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Guido Westerwelle, plädiert unter anderem für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer. Der Begriff „Krise“ führt in die Irre, konstatiert der Präsident des Weltverbands der Zeitungen (WAN), Gavin O'Reilly, in seiner Keynote. Seit



Bundeskanzlerin Angela Merkel, hier im Gespräch mit BDZV-Präsident Helmut Heinen und dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der FDP, Guido Westerwelle (l.), sagt den Verlegern Unterstützung beim Kampf gegen weitere Werbeverbote zu.

Jahren werde als Mantra verkündet, dass die Printindustrie tot sei. Tatsächlich wüchsen Auflage und Werbeanteile. Die Zeitungsindustrie sei groß und lebendig, „darauf sollten wir stolz sein und ein viel positiveres Image projizieren“, fordert O'Reilly vor den rund 500 Kongressteilnehmern aus Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Die gewachsene Medienvielfalt der vergangenen 20 Jahre und insbesondere die Durchsetzung des Internets haben den Umgang mit den Medien stark verändert, erläutert die Meinungsforscherin Renate Köcher, Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach. Es gebe ein abnehmendes Bedürfnis, auf dem Laufenden zu sein. Das Interessenspektrum verenge sich zunehmend. Gerade bei Jugendlichen bedeute „ein Nichteinstieg in Print auch einen Nichteinstieg in Informationen“. Dies habe Auswirkungen nicht nur für die Zukunft der Verlage, sondern auch für die Zukunft der Gesellschaft. Ihre Forderung: Bundesweit sollte in den zweiten oder dritten Schulklassen täglich Zeitung gelesen werden, um Kinder möglichst früh an eine breite Palette von Informationen heranzuführen. Wollen die Leser Qualität, Exklusivität und Emotionen – oder möchten sie weniger festgelegt und mehr unterhalten werden? Um Fragen wie diese dreht sich die von Werner Lauff moderierte Podiumsdiskussion zum Thema „Was will das Publikum? Erfolgsfaktoren für den Leser- und Nutzermarkt“. BDZV-Vizepräsident Richard Rebmann, zugleich Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding, Stuttgart, setzt auf Segmentierung sowohl inhaltlich als auch räumlich. Sven Gösmann, Chefredakteur der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf, kritisiert die Arroganz der Redaktionen gegenüber typischen lokalen



Gavin O'Reilly, Präsident des Weltverbands der Zeitungen (WAN), fordert die Zeitungsverleger weltweit zu positivem Denken auf: „Unsere Industrie ist groß und lebendig.“

Themen, die häufig gar nicht mehr oder so wahrgenommen würden, dass die Leser sich in ihrer Zeitung nicht wiederfinden. Auch Renate Köcher verlangt, dass die Zeitungen „näher an ihre Leser heran und die Perspektive der Leute kennen“ müssten. Michael Brehm, Geschäftsführer studiVZ Limited, Berlin, glaubt, dass die Leser immer stärker involviert werden möchten. Der Trend gehe zur Individualisierung. Eine gelungene crossmediale Vermarktung über alle Kanäle und Produkte hinweg kann bis zu zehn Prozent zusätzlich an Einnahmen im Anzeigengeschäft bedeuten, erläutert der Vorsitzende der Verlagsgeschäftsführung Welt Gruppe/Berliner Morgenpost, Peter Würtenberger, anlässlich der Podiumsdiskussion zum Thema „Crossmedia-Vermarktung“. Die Anforderungen

an Werbung hätten sich geändert, bestätigt Adrian Kiehn, Generalbevollmächtigter und Mitglied der Unternehmensleitung Peek & Cloppenburg, Düsseldorf. Werbung sei heute „Kommunikation im weitesten Sinne“. Für die Kunden sei entscheidend, meint Stefan Hilscher, Mitglied der Geschäftsführung Verlag M. DuMont Schauberg/Zeitungsgruppe Köln, dass die Zeitung neben „ihrer tollen Printreichweite als Marke auch in weiteren Kanälen vorhanden“ sei. Gunnar Möller, Team Leader Marketing International bei Germanwings, Köln, erklärt, dass sein Unternehmen gerne „nicht nur zahlender Anzeigenkunde, sondern auch Contentlieferant für Zeitungen“ sei. Einigkeit herrscht auf dem Podium, dass auch bei einer „inszenierten Werbung“ mit attraktivem Umfeld über alle Kanäle die Trennung zwischen redaktionellen Inhalten und Werbung keinesfalls aufgegeben werden dürfe.

24. September

Post: BDZV begrüßt geplanten Stopp des Mehrwertsteuerprivilegs

Der BDZV begrüßt einen Gesetzentwurf des Deutschen Bundestags, wonach das Mehrwertsteuer-Privileg der Deutschen Post AG bei Geschäftskunden zum Jahr 2010 ausläuft. Zwar sollen Privatkunden Briefe und Pakete weiterhin ohne Mehrwertsteuer verschicken können; Geschäftskunden müssen jedoch von 2010 an den vollen Steuersatz von 19 Prozent zahlen. Hintergrund ist das Drängen der EU-Kommission nach Gleichbehandlung der Wettbewerber auf dem Postmarkt. Dies sei, äußert BDZV-Präsident Helmut Heinen, „ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung“. Allerdings komme er spät und beende „wohl erst in ferner Zukunft die Wett-

bewerbsverzerrung im Privatkundengeschäft“. Die Zeitungsverleger appellieren an die Bundesregierung, zügig für insgesamt angemessene Wettbewerbsbedingungen in dem auch für sie wichtigen Briefgeschäft zu sorgen.

2. Oktober

ENPA-Präsident Lehari verlangt faire Rahmenbedingungen statt Überregulierung

Der Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbands (ENPA), Valdo Lehari jun., mahnt in einem offenen Brief an den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, derzeit zugleich Präsident des Europäischen Rats, „faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Zeitungen“ an. Dies sei die Voraussetzung für jegliche Leseförderungsmaßnahmen, mit denen starke Demokratie und bürgerlicher Gemeinsinn gefördert werden sollten. Anlass ist der von Präsident Sarkozy einberufene zweimonatige „Generalstand“ der Presse, der sich mit den wirtschaftlichen Herausforderungen der Tagespresse in Frankreich beschäftigt. Der ENPA-Präsident verweist in seinem Schreiben auf Probleme bei den Themen Werbung, Mehrwertsteuer und Urheberrecht. Erwartet werde nicht Überregulierung, sondern Lösungen, die der Presse im 21. Jahrhundert zu einem neuen Aufschwung verhelfen.

23. Oktober

Rundfunkänderungsstaatsvertrag: Drei-Stufen-Test verantwortlich nutzen

„Jetzt müssen die Öffentlich-Rechtlichen zeigen, dass sie sich tatsächlich an ihren Auftrag halten und sich von allen unzulässigen Expansionsplänen im Internet endgültig verabschieden“, erklärt der BDZV in Berlin zur Entscheidung der

Ministerpräsidenten über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Die Zeitungsbranche setzte auf die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Rundfunkanstalten. Nicht alle Erwartungen und Ansprüche seien erfüllt worden. Die Zeitungsverleger verlangen, dass für die Öffentlich-Rechtlichen tabu bleiben müsse, was keinen unmittelbaren Bezug zu einer konkreten Rundfunk-sendung habe. Zur Durchführung des geplanten Drei-Stufen-Tests durch die internen Gremien der Anstalten sagt der BDZV, die Verleger würden jetzt mit Argusaugen darauf achten, ob mit dem neuen Instrumentarium tatsächlich verantwortlich gearbeitet werde.

30. Oktober

Medientage München mit Printgipfel:

Wachstum unter schwierigen Bedingungen

Wie geht es den Zeitungen in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten – und wie wird es ihnen in Zukunft gehen? Das ist die Kernfrage beim Printgipfel, den BDZV und Verband Bayerischer Zeitungsverleger (VBZV) anlässlich der Medientage München ausrichten. Die Aussichten sind, wenn man den Teilnehmern an der von Frank Thomsen, Chefredakteur stern.de, moderierten Podiumsdiskussion folgt, gar nicht so schlecht. „Wir stehen auf einem guten Fundament“, sagt etwa der Münchner Verleger Dirk Ippen. Gerade die kleineren Zeitungen auf dem Lande seien „eine Erfolgsgeschichte“, die von den Problemen der vergangenen Jahre weniger in Mitleidenschaft gezogen worden seien. „Die Aufregungen kommen aus der derzeitigen Planungsphase für das nächste Jahr“, sekundiert Richard Rebmann, Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medienholding in Stuttgart und BDZV-

Vizepräsident. 2009 werde sicher ein schwieriges Jahr, aber „nicht im Sinne eines Zusammenbruchs unserer Welt“. Christiane zu Salm, Vorstand Crossmedia bei Hubert Burda Media in München, konstatiert eine Stimmung der Verunsicherung und des Abwartens. Die Krise sei, anders als die vornehmlich strukturell getriebenen Umbrüche vor sechs Jahren, „ganz klar eine konjunkturelle“. „Deutschland ist solide“, versichert Sebastian Turner, Partner Scholz & Friends, Berlin. Aber „Deutschland glaubt, dass es ihm nicht gutgehen wird“, und damit sei als Werber schlecht umgehen. Turner erkennt in der Gesellschaft einen riesigen Trend, der Vereinsamung zu entgehen. Die Zeitungen müssten Antwort auf die Frage finden, „ob die Seite eins gemeinschaftsstiftend ist“.

Zuvor hat der Vorsitzende des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger und Geschäftsführer der „Augsburger Allgemeinen“, Andreas Scherer, bei seiner Begrüßung der rund 600 Gäste beim Printgipfel nicht nur die schwierigen politischen Rahmenbedingungen für die Zeitungen skizziert, sondern sich auch Gedanken um die künftige Lesergeneration der Zeitung gemacht. In Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten sorgten die Verlage seit Jahren dafür, dass junge Menschen so früh wie möglich den Umgang mit Medien erlebten und lernten, sich in der Informationsfülle zurechtzufinden, sagt Scherer. Allein in Bayern seien mit entsprechenden pädagogischen Projekten im zurückliegenden Jahr 170.000 Schüler erreicht worden.

Braucht der Onlineauftritt einer Zeitung unbedingt Videos, um zeitgemäß zu sein? Zwar zeigen gut 70 Prozent der deutschen Verlage derzeit bewegte Bilder im Netz, doch die Auffas-



Deutschland ist solide, die Zeitungen sind es auch. Das ist die einhellige Meinung beim Printgipfel in München bei (v.l.n.r.) Dirk Ippen, Sebastian Turner, Frank Thomsen (Moderator), Christiane zu Salm und Richard Rebmann.

sung über Nutzen, Anspruch und Qualität unterscheidet sich je nach Unternehmen ganz beträchtlich, wie das ebenfalls von BDZV und VBZV veranstaltete Panel „Local Heroes – innovatives Web-TV, neue mobile Zeitungswelten“ beweist. „Videos sind nice to have, aber kein must“, stellt etwa Hans-Jürgen Jakobs, Chefredakteur von sueddeutsche.de, fest. Die Abrufzahlen seien schwach, der Aufwand nur vertretbar bei Themen, wo die „Kernleistung der Zeitung erweitert wird“. Silke Springensguth, Geschäftsführerin DuMont Net (Köln), hingegen verweist auf das veränderte Nutzerverhalten: Die jungen Leute wollen Bilder, weil das unterhaltsamer ist als lesen!“ Robert Bosch, Managing Director Crossmedia Sales bei Axel Springer (Berlin/Hamburg), lobt „Leservideos als eine für uns ganz wichtige Informationsquelle“. Sonja Ettengruber, Gesamtleitung idowa.de Mediendienste bei der Zei-

tungsgruppe „Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“ ist überzeugt: „Die Leser erwarten von dem lokalen Auftritt der Zeitung, dass er ihre Lebenssituation widerspiegelt.“

6. November

Presserat will auch Onlineangebote kontrollieren

Der Deutsche Presserat wird von 2009 an auch Internetangebote kontrollieren. Der Kodex gelte grundsätzlich auch für redaktionelle Onlineangebote, teilt das Selbstkontrollgremium der Presse in Berlin mit. Im Pressekodex legt der Presserat Grundsätze für die publizistische Arbeit fest. Eine flächendeckende Beobachtung des Internets sei aber nicht geplant, erläutert der Sprecher des Presserats, Manfred Protze. „Wir werden uns anhand der Beschwerden herantasten.“

10. November

Neue Tarifverträge für Redakteure

Der BDZV und die Journalistengewerkschaften Deutscher Journalisten-Verband und dju in ver.di einigen sich auf neue Tarifverträge für Redakteure an Tageszeitungen. Danach erhalten die Journalisten im ersten Jahr eine Erhöhung um 2,4 Prozent (ab 1. November 2008) sowie eine Einmalzahlung. Am 1. Oktober 2009 folgt eine weitere Erhöhung um 1,6 Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit über 24 Monate – vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2010. Der Abschluss sei, erklärt der Verhandlungsführer der Zeitungsverleger, Werner Hundhausen, angesichts der wirtschaftlichen Situation der Verlage im Volumen „gerade noch vertretbar“. Die Zeitungsverleger hätten jedoch Planungssicherheit sowohl für die Seite der Arbeitgeber wie für die Seite

der Journalisten schaffen wollen. Der Manteltarifvertrag wird bis zum 31. Dezember 2010 verlängert. Abgeschlossen wird ferner ein neuer Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten an Tageszeitungen.

11. November

Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffnet BDZV-Ausstellung

Die besondere Rolle von Zeitungen in der demokratischen Gesellschaft hebt Bundestagspräsident Norbert Lammert in Berlin hervor. Zeitungen seien das Fundament für eine vitale Demokratie, sagt Lammert bei der Eröffnung der Ausstellung „In guter Gesellschaft – aus dem Leben einer Zeitung“ im Bundestag. Die vom BDZV konzipierte Text- und Bilderschau zeigt gleichsam im Tageslauf Bilder aus dem Alltag



Bundestagspräsident Norbert Lammert, hier mit BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff (r.), im Bundestagfoyer beim Betrachten der Wanderausstellung „In guter Gesellschaft – aus dem Leben einer Zeitung“.

einer Zeitung. Begleitend zu der Ausstellung können an zwei PCs und mehreren Handys im Bundestag die Onlineseiten der Zeitungen sowie mobile Dienste von den Besuchern aufgerufen werden. Ferner stehen mehrere überregionale Titel als gedruckte Ausgabe zur Lektüre bereit. Auch nutzen die Abgeordneten das Angebot, ihre Besuchergruppen von Mitarbeitern des BDZV durch die Ausstellung führen zu lassen und dabei einen Einblick in die deutsche Presse-landschaft zu erhalten.

12. November

Walther Zech 90

Walther Zech, von 1974 bis 1981 Vizepräsident des BDZV, vollendet sein 90. Lebensjahr. Zech war lange Jahre Vorstandsmitglied im Verband der Zeitungsverleger in Rheinland-Pfalz und Saarland. Darüber hinaus wirkte er als Mitglied der Delegiertenversammlung des BDZV. Ferner war er unter anderem Aufsichtsratsmitglied und Vorsitzender der Technischen Kommission der Deutschen Presse-Agentur, Präsidiumsmitglied im Zentralausschuss der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW) und Präsidiumsmitglied und Schatzmeister des Weltverbands der Zeitungen (WAN). Zech ist für sein Wirken vielfach ausgezeichnet worden, unter anderem mit dem Großen Bundesverdienstkreuz.

28. November

BKA-Gesetz: Zeitungsverleger begrüßen Ablehnung im Bundesrat

Die Zeitungsverleger begrüßen die Ablehnung des sogenannten BKA-Gesetzes durch den Bundesrat. Damit hätten die Ministerpräsidenten gezeigt, welche hohe Bedeutung sie dem Quellen-

schutz und damit der Wahrung der Pressefreiheit in Deutschland zumäßen, sagt der BDZV in Berlin. Die Zeitungsverleger hatten im Vorfeld der Abstimmung in einer gemeinsamen Stellungnahme mit zahlreichen Medienverbänden gegen das Gesetz protestiert, weil insbesondere durch die Regelung in § 20u „das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten und damit der Informantenschutz in gravierender Weise verschlechtert“ werde. Anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes durch den Deutschen Bundestag am 12. November hatte BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff dies als einen „Affront gegen die Presse“ bezeichnet. Bei allem Verständnis für eine Verbesserung der Verbrechensbekämpfung – insbesondere der Terrorismusabwehr – seien die Zeitungsverleger sehr beunruhigt über ein Klima, in dem die Pressefreiheit offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle spiele. Wenn Journalisten, die sich mit Kriminalitätsdelikten befassten, nicht mehr sicher sein könnten, ob ihre Computerfestplatten durchforstet würden, sei dies ein unhaltbarer Zustand. Die Weitergabe von vertraulichen Informationen an Journalisten sei in vielen Fällen die Voraussetzung dafür, dass Missstände und Verfehlungen überhaupt öffentlich würden.

8. Dezember

ARD und ZDF: BDZV verlangt externe Prüfung

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung des sogenannten Drei-Stufen-Tests für Telemedien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fordert der BDZV, dass die damit verknüpfte Überprüfung der Senderinhalte über eine unabhängige und externe Stelle erfolgt. Die

ehrenamtlichen Rundfunkgremien seien nach ihrer Organisation und Ausstattung nicht für umfangreiche und zeitintensive Prüfungen von Onlineangeboten eingerichtet, betonen die Zeitungsverleger. Daher müsse eine zusätzliche Arbeitseinheit mit personell, finanziell und auch räumlich von den Rundfunkanstalten unabhängigen Sachverständigen etabliert werden, um die Entscheidungsvorlagen mit Empfehlungen für die Rundfunkgremien selbstständig zu erstellen.

10. Dezember 2008

Kritik an Abschaffung des Listenprivilegs

Es sei ein Skandal, dass auf dem Rücken der Zeitungen, die täglich über Datenmissbrauch berichten und die Bürger zum sorgsamem Umgang mit ihren Daten auffordern, der Missbrauch durch andere Branchen ausgetragen werde, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff in Berlin. Zeitungen würden hier in Sippenhaft genommen. Anlass ist die Kabinettsentscheidung zur Novellierung des Datenschutzrechts. Danach dürfen Zeitungen und Zeitschriften keine adressierte Kundenwerbung mehr betreiben, sofern der potenzielle Abonnent nicht vorher schriftlich zugestimmt hat. Von der Leserwerbung per Brief, die auf dem sogenannten Listenprivileg basiert, sei die Neugewinnung von Abonnenten bis zu 20 Prozent abhängig, erläutert der BDZV und appelliert an die Mitglieder des Deutschen Bundestags, die Datenschutznovelle in der vorliegenden Form nicht zu verabschieden.

15. Januar 2009

400 Jahre „Aviso“

Die „Braunschweiger Zeitung“ feiert eine berühmte Vorgängerin aus dem Braunschweiger



Die älteste erhaltene Zeitung Deutschlands wurde vor 400 Jahren in Wolfenbüttel gedruckt.

Land: Am 15. Januar 1609 veröffentlichte der Buchdrucker Julius Adolph von Söhne in Wolfenbüttel – damals Residenzstadt des Herzogtums Braunschweig – erstmals den „Aviso“. Der Titel gilt als älteste erhaltene Zeitung in Deutschland. Älter ist nur die 1605 von dem Drucker Johann Carolus in Straßburg gegründete „Relation“, von der allerdings keine Exemplare überliefert sind.

20. Januar

Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen an Ioan Cozacu (Nel)

Ioan Cozacu (Nel) ist der Träger des mit 5.000 Euro dotierten Karikaturenpreises der deutschen Zeitungen, den der BDZV zum neunten Mal aus-



Siegreich bei der „Rückblende“: der Karikaturist Ioan Cozacu (r.), hier mit BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff.

geschrieben hat. Die Auszeichnung wird anlässlich der Ausstellung „Rückblende 2008“ in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin übergeben. Erfolgreich ist Cozacu, der regelmäßig für die „Thüringische Landeszeitung“ (Weimar) zeichnet, mit einer Karikatur zum Thema Investmentbanking. Platz zwei und 2.000 Euro gehen an Ari Plikat und die „taz – die tageszeitung“ (Berlin); dritter Preisträger (1.000 Euro) ist Heiko Sakurai mit einer in der „Welt am Sonntag“ (Berlin) erschienenen Karikatur. Den Preis für die „politische Fotografie 2008“ erhält Boris Roessler (dpa). Von Berlin aus wird die „Rückblende“ mit 50 Karikaturen und 100 Fotos auf Reisen nach Bonn, Brüssel, Paris, Hamburg, Leipzig, Mainz und Trier gehen.

29. Januar

TOMs Book – Die Reise geht weiter

Lauter strahlende Gesichter im Szenekino: Eine neunte Schulklasse aus Mannheim hat die Reise nach Berlin gewonnen, die all denen als Preis winkte, die TOMs Book rechtzeitig vor Weihnachten an die Agentur vm-people zurückschickten. Gefüllt mit Zeitungsartikeln und persönlichen Anmerkungen, weitergereicht unter Mitschülern und Freunden, ist TOMs Book eine Art modernes Poesiealbum, ein Tagebuch aus vielerlei Stimmen und Stimmungen. Das Buch ist Dreh- und Angelpunkt einer viralen Marketingkampagne für Jugendliche und junge Leute, mit der BDZV und ZMG Zeitungs Marketing Ge-



Eine neunte Schulklasse aus Mannheim hat mit ihrem „TOMs Book“ das große Los gezogen und eine Reise nach Berlin gewonnen.

sellschaft ihre Imagekampagne für die Zeitungen in Deutschland fortsetzen.

2. Februar

Europäischer Verlegerverband kritisiert tschechischen Gesetzentwurf

Der Europäische Zeitungsverleger Verband (ENPA) verurteilt die drohende Einschränkung der Pressefreiheit in Tschechien. Die Organisation protestiert gegen einen Gesetzentwurf, der die Berichterstattung über das polizeiliche Abhören von Telefonen unter Strafe stellen soll. ENPA und der tschechische Verlegerverband UVDT seien „sehr besorgt über die Folgen des vorgeschlagenen Gesetzes für die tägliche Berichterstattung“, warnt ENPA-Präsident Valdo Lehari jun. Besonders schwer wiege, dass die Veröffentlichung bestimmter Informationen vorab beschränkt werde. Dies könne als Zensur angesehen werden.

13. Februar

Bundesdatenschutzgesetz verbaut Weg zu neuen Abonnenten

Der BDZV und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) kritisieren in Berlin scharf die vom Bundesrat verabschiedete Stellungnahme zur geplanten Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes. Es sei unverständlich, dass der Bundesrat der Abschaffung des so genannten Listenprivilegs nicht entgegengetreten sei. Angesichts der ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation treffen die Einschränkungen bei der Gewinnung neuer Abonnenten die Verlage hart und drohen in der Folge, die Pressevielfalt in Deutschland zu gefährden, warnen BDZV und VDZ. Bisher ermöglicht es das Listenprivileg den Verlagen, per Brief an potenzielle neue Leser heranzutreten und so dem steten Rückgang von Abonnenten entgegenzuwirken. Die Verlegerverbände betonen, dass jeglicher Datenmiss-

brauch von ihnen strikt abgelehnt werde. Die jüngst aufgetretenen Datenschutzskandale seien jedoch nicht durch das Listenprivileg verursacht worden, auch könnten künftig solche Vorfälle durch dessen Abschaffung nicht verhindert werden.

19. Februar

Werberat mit erweitertem Regelwerk zur Alkoholwerbung

Die Wirtschaft will mit ihrer Alkoholwerbung nicht zum Alkoholmissbrauch auffordern und keine trinkenden Kinder, Jugendlichen, Autofahrer und Leistungssportler zeigen, teilt der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) anlässlich der Vorstellung der erweiterten Verhaltensregeln für die Alkoholwerbung in Berlin mit. Danach soll es in Medien, die sich vor allem

an Kinder und Jugendliche richten, keine Werbung für alkoholhaltige Getränke geben. Wer in der Werbung gezeigt werde, solle mindestens, „auch vom optischen Eindruck her“, ein junger Erwachsener sein. Trikotwerbung bei Kinder- und Jugendmannschaften ist künftig ebenso tabu wie Werbe- und Sponsoring-Maßnahmen, die im direkten Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen stehen. Die Bestimmungen gelten ab dem 1. April 2009.

19./20. Februar

Junge Leser für die Zeitung

Strategien und Best-Practice-Beispiele aus Verlagen und Verbänden zur Gewinnung junger Leser vom Kindergartenkind bis zum Auszubildenden stehen im Mittelpunkt einer Tagung, zu der der Weltverband der Zeitungen (WAN) mit sei-



Gäste aus ganz Europa diskutieren im Haus der Presse über erfolgreiche Zeitungsaktivitäten für Kinder, Jugendliche und junge Leute.

nem Young Reader Committee nach Berlin eingeladen hat. Gastgeber des Treffens ist der BDZV. Vorgestellt werden Fallstudien aus Polen, Österreich, Deutschland, Frankreich, Finnland, Norwegen, Ungarn und Luxemburg. Einen Schwerpunkt bilden die Aktivitäten deutscher Verlage, die bei der Verleihung des World Young Reader Prize 2008 ausgezeichnet wurden: die „Rheinische Post“ (Düsseldorf) mit ihren „News to Use“ für Auszubildende; die „Braunschweiger Zeitung“ mit dem Kindergartenprojekt „Taki“ sowie die „Neue Osnabrücker Zeitung“ mit ihrer Beilage „Die Löwen sind los“.

9. März

Zwangsinformationen:

Verleger kritisieren EU-Parlament

Der BDZV kritisiert eine Entscheidung des Industrieausschusses des Europaparlaments in Straßburg, wonach die Werbewirtschaft künftig vom Gesetzgeber zu Zwangsinformationen bei der Haushaltsgerätekennzeichnung verpflichtet wird. Dies sei eine Beschlagnahme von Werbepätzen, monieren die Zeitungsverleger. Es sei überhaupt nicht nachzuvollziehen, dass hier mit dem Verbraucherschutz argumentiert werde. Zeitungen trügen regelmäßig in ihren redaktionellen Teilen zur Aufklärung über Produkte bei. Die geplante Verschärfung der Werberegulungen sei ein neuerlicher Beitrag, die Werbeeinnahmen – und damit ein wesentliches Fundament der unabhängigen Presse – zu beschädigen. Laut Entschloßung muss jede Werbung in der Presse und anderen Medien zwangsweise Informationen über die Energierelevanz des erworbenen Produkts verbreiten, wenn technische Details genannt werden.



Deutschlandradio und Zeitungen haben schon „crossmedial“ gearbeitet, als es das Wort noch gar nicht gab, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen anlässlich der Verabschiedung von Deutschlandradio-Intendant Ernst Elitz.

12. März

Zeitungen und nationaler Hörfunk sind Qualitätsmedien

Zeitungen und Hörfunk sind keine Konkurrenten, sie sind vielmehr Vertreter von Qualitätsmedien, die einander fördern und ergänzen und ohne die die deutsche Medienlandschaft ein gutes Stück ärmer wäre. Das sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen anlässlich der Verabschiedung von Deutschlandradio-Intendant Ernst Elitz nach 15-jähriger Tätigkeit aus dem Amt. Gerade das Deutschlandradio und die Zeitungen hätten schon „crossmedial“ gearbeitet, als es das Wort noch gar nicht gab, betont Heinen. Der BDZV-Präsident nutzt die Gelegenheit für den Appell, im öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen digitale Programme auf Kosten der Gebührenzahler nicht weiter ungebremst zu vervielfältigen.

23. März

Bekanntnis zum Grosso-System

Die zwischen BDZV, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger und Bundesverband Presse-Grosso 2004 vereinbarte „Gemeinsame Erklärung“ mit dem Bekenntnis zu Grundsätzen des Presse-Grosso-Systems bleibt uneingeschränkt Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen und den Presse-Grossoisten. Das bestätigen die Unterzeichner der Gemeinsamen Erklärung in Berlin anlässlich eines Gesprächs, zu dem der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, eingeladen hat. Anlass sind Irritationen zwischen der Verlagsseite und dem Presse-Grosso im Umfeld

der Verhandlungen über neue Grosso-Handels-spannen. Von Seiten des Staatsministers heißt es dazu, dass die Bundesregierung den „konsensualen Ausgleich zwischen den handelnden Parteien an Stelle von regulativen Maßnahmen“ präferiere.

2./3. April

Deutschsprachiges Präsidententreffen in Linz

Die Zukunft der Medien ist bereits Gegenwart. Das erklärt die für Informationsgesellschaft und Medien zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding in einer Videobotschaft an die Teilnehmer des Präsidententreffens der deutschsprachigen Verlegerverbände aus Deutschland, der Schweiz, Luxemburg und Österreich in Linz. Reding spricht



Die wirtschaftliche Lage steht im Mittelpunkt des Präsidententreffens der deutschsprachigen Verlegerverbände in Linz. Unser Bild zeigt die diesjährigen Gastgeber: Horst Pirker, Vorstandsvorsitzender der Styria Media AG (Graz) und Präsident des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ), sowie VÖZ-Geschäftsführer Gerald Grünberger (l.).

sich erneut eindeutig gegen Werbeverbote aus. Zum Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk stellt sie fest, dass die Aktivitäten im Internet potenziell zu einem direkten Wettbewerb nicht nur mit den privaten Sendern, sondern auch mit der Presse und neuen Akteuren am Markt führten. Die Auswirkung müssten im Voraus durch ein Bewertungsverfahren überprüft werden. Im Mittelpunkt des Treffens steht neben dem Informations- und Erfahrungsaustausch zu Kernfragen der Branche ein Round Table zur wirtschaftlichen Situation auf den nationalen Zeitungsmärkten. Einig sind sich die Verleger, dass die Zeitungen weiterhin massiv in den Ausbau ihrer Onlineaktivitäten investieren müssen. Übereinstimmung gibt es ferner in der Wertschätzung der Printreichweiten im Vergleich mit den Onlinereichweiten. Während es sich bei ersteren um tägliche, intensive und langdauernde Kontakte mit der gedruckten Zeitung handele, werde Online die monatliche Reichweite ausgewiesen und die Art der Kontakte sei im Allgemeinen flüchtig.

14. April

Trauer um Erich Weichhold

Erich Weichhold, früherer Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses und Tarifverhandlungsführer des BDZV, stirbt in seinem 93. Lebensjahr in Hamburg. Weichhold stammte aus Chemnitz. 1960 trat er als Personalleiter für den Bereich Hamburg in den Axel Springer Verlag ein und wirkte dort zuletzt als Leiter des Referats Tarif- und Sozialpolitik. Über die Tätigkeit für das eigene Unternehmen hinaus machte Weichhold sich um die Belange der Zeitungsverleger verdient: Er stand von 1975 bis 1991 an der Spitze

des Sozialpolitischen Ausschusses des BDZV und war Mitglied der Tariffkommission des Zeitungsverlegerverbands Hamburg. Bis 1991 war er Mitglied des Beirats der Künstlersozialkasse. Auch für den Europäischen Zeitungsverlegerverband ENPA und den Weltverband der Zeitungen WAN hat Weichhold wichtige Funktionen wahrgenommen.

28. April

„Sicherheit versus Pressefreiheit“ – Streitgespräch mit Wolfgang Schäuble

Warum Journalisten sich vom BKA-Gesetz spezifisch betroffen fühlen, könne er nicht erkennen, erklärt Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bei der Podiumsdiskussion „Sicherheit versus Pressefreiheit – Ein Grundrecht auf dem Prüfstand“, zu dem BDZV und die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen ins Berliner Haus der Presse geladen haben. Im BKA-Gesetz werde nämlich nur abgebildet, erläutert Schäuble, was in der Strafprozessordnung bereits seit Jahrzehnten gelte. Dagegen führt Christian Bommarius, leitender Redakteur der „Berliner Zeitung“, ins Feld, dass der Staat die Freiheitsrechte der Bürger Stück für Stück beschneide. Diese vom Grundgesetz geschützten Freiheitsrechte seien jedoch dafür geschaffen worden, den Bürger vor dem Staat zu schützen. Am Ende bleiben die von Dagmar Engel, Chefredakteurin Deutsche Welle TV, moderierten Kontrahenten unversöhnt. Der Bundesinnenminister argumentiert formal juristisch: Die Zuständigkeit des BKA sei ausschließlich additiv, den Ländern werde nichts weggenommen, das Gesetz habe aufgrund der internationalen Bedrohung umgesetzt werden müssen, doch sei



In der Abwägung von Sicherheitsanforderungen gegen das Recht auf Pressefreiheit bleiben die Kontrahenten unversöhnt: (v.l.n.r.) Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Dagmar Engel (Moderation) und Christian Bommarius, leitender Redakteur der „Berliner Zeitung“

es seit seinem Inkrafttreten am 1. Januar noch in keinem Fall angewendet worden. Dagegen vertritt Christian Bommarius den maximalen journalistischen Ernstfall: Der Informantenschutz sei durch das Gesetz nicht mehr gewährleistet. Investigatives Recherchieren werde beispielsweise in Verbindung mit Terroristen unmöglich, weil sich Informanten nicht mehr sicher fühlen könnten. Dazu Schäuble unmissverständlich: „In der Abwägung mit dem Schutz auf Leben kann kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht herrschen.“

3. Mai

Internationaler Tag der Pressefreiheit

„Sicherheit wird zusehends gegen Freiheit ausgespielt. Der Staat greift in die sensiblen Berei-

che des Informantenschutzes und des Zeugnisverweigerungsrechts ein“, schreibt BDZV-Präsident Helmut Heinen in einem Kommentar zum 60. Geburtstag des Artikels 5 Grundgesetz, den der BDZV anlässlich des Internationalen Tags der Pressefreiheit veröffentlicht. Als Beispiele nennt der BDZV-Präsident die Onlinedurchsuchung von Computern oder den „großen Lauschangriff“. Schon die umstrittenen Durchsuchungen von Redaktionen und Beschlagnahmeaktionen von redaktionellem Material hätten Zweifel genährt, „dass sich Behörden immer der Bedeutung von Artikel 5 Grundgesetz bewusst sind“. Gleichzeitig dürfe die deutsche Situation selbstverständlich nicht mit der Lage der Presse in autoritär regierten Ländern gleichgesetzt werden, schränkt Heinen ein. „Das wäre unehrlich.“

5. Mai

Medientreffpunkt Mitteldeutschland

Um die Marktmacht von Google und den Regulierungsbedarf im Internet geht es bei einer Podiumsdiskussion in Leipzig anlässlich des Medientreffpunkts Mitteldeutschland. BDZV-Medienpolitiker Helmut Verdenhalven fordert, sich auf die neuen Medien zu konzentrieren: Derzeit werde mit der Regulierung „alter“ Medien wie dem Fernsehen zu viel Zeit verschwendet. Ein weiteres Problem seien die – geheim gehaltenen – Suchalgorithmen großer Suchmaschinen und die damit verbundene Auffindbarkeit von Texten.

7. Mai

Delegiertenversammlung plädiert für Leistungsschutzrecht

Die Delegiertenversammlung des BDZV – das höchste Gremium des Verbands – appelliert in Berlin einmütig an die Politik, den Weg für ein Leistungsschutzrecht der Presse frei zu machen. „Ein solches Schutzrecht ist überfällig“, erklärt BDZV-Präsident Helmut Heinen. Die Delegiertenversammlung macht deutlich, dass sich die Presseunternehmen gegen eine unentgeltliche Ausnutzung ihrer Angebote im Internet zur Wehr setzen müssten. Die Angebote der Verlage seien



Der nordrhein-westfälische Minister für Europa und Medien, Andreas Krautscheid (2.v.r.), sichert den Zeitungsverlegern seine Unterstützung beim Kampf um das so genannte Listenprivileg zu, hier im Gespräch mit (v.r.n.l.) BDZV-Präsident Helmut Heinen, Valdo Lehari jun. und Clemens Bauer.



Wie bringt man Kinder zum Zeitungslesen? BDZV-Präsident Helmut Heinen und der Chefredakteur der „Braunschweiger Zeitung“, Paul-Josef Raue (r.), diskutieren im Bundeskanzleramt über erfolgreiche Wege zum jungen Leser.

nur durch einen hohen finanziellen Aufwand bei der Zusammenstellung, Aufbereitung, Herstellung und Verbreitung von Inhalten möglich. Für die Inanspruchnahme dieser Leistungen müsse es einen sachgerechten Ausgleich geben. Voraussetzung dafür sei ein umfassendes Schutzrecht.

Der nordrhein-westfälische Minister für Europa und Medien, Andreas Krautscheid, äußert sich als Gast der Delegiertenkonferenz unter anderem zu der geplanten Abschaffung des Listenprivilegs. Er habe der Aufhebung des Listenprivilegs nicht zugestimmt, bekräftigt Krautscheid. „Und wenn es nach mir geht, wird es dabei bleiben.“

8. Mai

Staatsminister Neumann: Zeitungen fördern Zusammenhalt der Gesellschaft

Kulturstaatsminister Bernd Neumann betont die Rolle der Zeitungen und Zeitschriften für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Im Unterschied zum Internet würden die gedruckten Medien die Wahrnehmung „auf das lenken, was für alle wichtig ist – unabhängig davon, ob es für den Einzelnen gerade von persönlichem Interesse ist oder nicht. Trotz des enormen Zuwachses an elektronischen Medien blieben die Zeitungen und Zeitschriften die politischen Leitmedien. Wer ge-

druckte Blätter lese, könne kritischer mit Internetangeboten umgehen, sagt Neumann beim zweiten Jahrestreffen der Nationalen Initiative Printmedien – Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie in Berlin. An dem Treffen im Bundeskanzleramt nehmen Vertreter der Printbranche teil. Zu ihnen gehören BDZV-Präsident Helmut Heinen, Andreas Wiele vom Vorstand des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger sowie Paul-Josef Raue, Chefredakteur der „Braunschweiger Zeitung“, und Professor Michael Haller (Universität Leipzig).

11. Mai

IT-Sicherheitsgesetz gefährdet Informantenschutz

Das Bündnis der Medienverbände und -unternehmen kritisiert den Regierungsentwurf des so genannten Gesetzes zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes (IT-Sicherheitsgesetz). Danach soll es dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ermöglicht werden, sämtliche elektronische Kommunikation der Bundesbehörden mit Dritten auszuwerten. Da Ausnahmetatbestände nicht vorgesehen sind, ist auch die Kommunikation mit Journalisten betroffen. Der Gesetzentwurf umfasst die Nutzung von Internetseiten, E-Mails, Internet-Telefonie und anderen Formen der elektronischen Kommunikation. Das Bundesamt soll auch die Befugnis erhalten, personenbezogene Daten unter bestimmten Umständen an Strafverfolgungsbehörden zu übermitteln. Nach Auffassung des Bündnisses der Medienverbände und -unternehmen, dem auch der BDZV angehört, sind derartige Überwachungsbefugnisse mit der von der Verfassung garantierten Presse-

und Rundfunkfreiheit unvereinbar. Mindestens müsse der Schutz der beruflichen Kommunikation von Journalisten gewährleistet sein. Der Informantenschutz dürfe auf diesem Weg nicht ausgehöhlt werden. Das Bündnis appelliert an den Gesetzgeber, den Entwurf in der vorliegenden Form nicht zu akzeptieren.

12./13. Mai

Multimedia-Konferenz: Zeitung online 2009

Mehr als 300 Verleger, Manager und Chefredakteure kommen zur Multimedia-Konferenz „Zeitung online 2009“ nach Köln, um sich über Strategien, Konzepte und Geschäftsmodelle auszutauschen. Experten aus Schweden, der Schweiz, den Niederlanden und Deutschland präsentieren bei der Veranstaltung von BDZV und IFRA wegweisende Fallbeispiele. Zum Auftakt macht Richard Rebmann, BDZV-Vizepräsident und Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding, Stuttgart, klar, worum es bei dieser Konferenz geht: Welche Geschäftsmodelle funktionieren? Wie geht man mit Google um? Auf welche Weise lassen sich mehr Erlöse aus dem Onlinewerbekuchen gewinnen? Rebmann kritisiert in diesem Zusammenhang den mangelnden Respekt vor geistigem Eigentum der Verlage im Internet und fordert ein Leistungsschutzrecht der Presse. IFRA-Chef Reiner Mittelbach präsentiert das IFRA-Projekt „Customer-Centric-Communication“ (CCC). Seine Botschaft an die Teilnehmer: den Anzeigenkunden keine Produkte, sondern Zielgruppen anbieten. Verlage sollten sich zu Mediaagenturen wandeln. Keynote-Speaker Andrea Mallard, Brand Strategy & Media Lead bei IDEO, geht in ihrem Vortrag „The Human Touch in a Digital World“ auf gelungene



Auftakt: Welche Geschäftsmodelle funktionieren? Wie lassen sich mehr Erlöse aus dem Onlinewerbekuchen erwirtschaften?, fragt BDZV-Vizepräsident Richard Rebmann.

Medien-Innovationen, Markenstrategien und Designfragen ein. Ihr Fazit: Es ist wertvoller, direkt mit 20 Leuten intensiv zu sprechen, als eine Onlineumfrage mit 20.000 Teilnehmern zu starten. Als Experten für erfolgreiche digitale Strategien und Anwendungen außerdem auf dem

Podium: Steffen Büffel (Medien- und Verlagsberater, Köln), Christoph Wilke (MEC Interaction, Hamburg), Frank Mahlberg („Hamburger Abendblatt“), Clemens Riedl (StudiVZ, Berlin), Moritz Wuttke (CEO Asien & China Publicitas, Shanghai/China), Theo Blanco („Upsala Nya Tidning“,



Mit mehr als 300 Gästen und Referenten erzielt die Multimediakonferenz von BDZV und IFRA erneut Teilnehmerrekord.

Schweden), Urs Gossweiler („Jungfrau Zeitung“, Interlaken/Schweiz), Silke Springensguth (Dumont Net, Köln), Christoph Hünermann (Wiszenmedia, Gütersloh), Carsten Kaiser (Lensing Medien, Dortmund) sowie Kim Kriegers (OMS, Düsseldorf) und Mike Ackermanns („De Volkskrant“, Amsterdam/Niederlande).

18. Mai

Jury entscheidet über Theodor-Wolff-Preis

Für hervorragende journalistische Leistungen in der politischen Tages- und Wochenpresse werden in Berlin fünf Journalisten mit dem Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Die mit 6.000 Euro dotierte Würdigung erhalten in der Kategorie „Allgemeines“ Bastian Obermayer („Süddeutsche Zeitung“, München) und Thomas Scheen

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“). Der ebenfalls mit 6.000 Euro dotierte Preis in der Kategorie „Kommentar/Glosse/Essay“ geht an Henning Sußebach („Die Zeit“, Hamburg). In der Kategorie „Lokales“ bekommt die Auszeichnung Regina Köhler („Berliner Morgenpost“). Die – undotierte – Würdigung für das Lebenswerk geht an Nina Grunenberg („Die Zeit“, Hamburg). Die Preise werden bei einem Festakt am 2. September in Berlin überreicht.

28. Mai

BDZV-Sonderpreis für crossmediale Schülerzeitungsausgabe

Es ist eine große Leistung, neben den schulischen Aufgaben eine inhaltlich wie gestalterisch gute Zeitung zu produzieren und darüber hinaus noch ein nachrichtenreiches und tatsächlich mul-



Die Preisträger der Realschule in Rain, hier mit Peter Lennartz (r.) in Vertretung des Bundesratspräsidenten und BDZV-Pressesprecher Hans-Joachim Fuhrmann (l.).

timediales Internetangebot aktuell zu halten, sagt BDZV-Pressesprecher Hans-Joachim Fuhrmann anlässlich der Preisverleihung beim bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb in Berlin. Der BDZV hat in diesem Jahr zum dritten Mal einen Sonderpreis für eine Schülerzeitung ausgelobt, die ihre Printausgabe in herausragender Weise mit den Möglichkeiten des Internets verbindet. Gewinner des Sonderpreises ist die Realschule im bayerischen Ort Rain mit ihrer Zeitung „Graffiti“ und dem Internetableger graffiti-online.net. Schirmherr des Schülerzeitungswettbewerbs ist der Bundesratspräsident und Ministerpräsident des Saarlands, Peter Müller.

28. Mai

60 Jahre Versorgungswerk der Presse

Trotz einem tiefgreifenden Strukturwandel und den schweren Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist den deutschen Verlagen um ihre Zukunft nicht bange. Die 400-jährige Pressegeschichte geht weiter, versicherte BDZV-Präsident Helmut Heinen anlässlich des Festakts zum 60. Jubiläum des Presseversorgungswerks (PV) in Bad Kreuznach, dem Gründungsort der Altersversorgungseinrichtung für Medienangehörige in Deutschland. Für Heinen steht das Presseversorgungswerk, das von



Festakt am Gründungsort Bad Kreuznach. Unser Bild zeigt BDZV-Präsident Helmut Heinen und den Vorsitzenden des Presseversorgungswerk-Verwaltungsrats, Laurent Fischer (r.).

Verlegern und Journalisten durch eine gemeinsame Investition in die Altersversorgung getragen wird, ökonomisch gesund da „wie ein Fels in der Brandung“. Dies bekräftigt auch der Vorsitzende des PV-Verwaltungsrats, Laurent Fischer (zugleich Verleger des „Nordbayerischen Kuriers“ in Bayreuth). Die Kapitalanlagen des Versorgungswerks in Höhe von 4,5 Milliarden Euro hätten die Finanzkrise „ohne spürbare Blessuren gemeistert“. Auch 2009 werde das Versorgungswerk die Guthaben seiner Versicherten mit 4,8 Prozent verzinsen.

3. Juni

BDZV-Konferenz zum Urheberrecht

Bei der Forderung nach einem Leistungsschutzrecht für die Presse sind sich die Experten auf dem Podium einig. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei Sendeunternehmen oder Konzertveranstaltern gebe es eine entsprechende recht-

liche Grundlage. Mehr als 50 Teilnehmer diskutieren bei der Konferenz „Urheberrecht und die Vermarktung von Onlineinhalten“ darüber, wie Verlage ein Unrechtsbewusstsein für den Diebstahl ihres geistigen Eigentums schaffen können, wie sich Rechtsverletzungen verfolgen lassen und wie ein Lizenzmodell etabliert werden könnte. Als Experten dabei: Georg Wallraf (Verlagsgruppe Handelsblatt, Düsseldorf), Gerald Mauler (DIZ, München), Larry Kilman (WAN, Paris), Meinolf Ellers (dpa-infocom, Hamburg), Christoph Keese (Axel Springer AG, Berlin) und Holger Kansky (BDZV, Berlin)

10. Juni

Meinungsaustausch mit ARD-Intendanten

Um die Einschätzung des Drei-Stufen-Tests, den die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender jetzt gestartet haben, geht es bei einem Gedankenaustausch, zu dem BDZV-Präsident Helmut Hei-



Wie lässt sich der Content-Klau im Internet verfolgen? Meinolf Ellers und Gerald Mauler (r.) im Gespräch.



Verleger und Intendanten vor dem ARD-Hauptstadtbüro (v.l.n.r.) Richard Rebmann, Peter Boudgoust (SWR), Helmut Heinen, Valdo Lehari jun. und Fritz Raff (SR).

nen, Vizepräsident Richard Rebmann sowie ENPA-Präsident Valdo Lehari jun. mit Vertretern der ARD unter Führung des ARD-Vorsitzenden Peter Boudgoust in Berlin zusammentreffen. Darüber hinaus werden Standpunkte zur Produktplatzierung, die der Gesetzgeber für zahlreiche Fernsehformate freigeben möchte, ausgetauscht. Verleger und Intendanten bekräftigen, dass der Qualitätserhalt in ihren Medien eine der vordringlichen Aufgaben in einer sich gravierend ändernden Medienlandschaft sei.

22./23. Juni

medienforum.nrw: In der Krise stark!

Der BDZV spricht sich nachhaltig gegen staatliche Subventionen für die Presse aus. „Wenn die Regierung uns wirklich helfen will, dann soll sie darauf verzichten, die Zeitungen zu regulieren“, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen bei der Eröffnung des Medienforums Nordrhein-Westfa-

len in Köln. In diesem Zusammenhang kritisiert Heinen die „hysterischen Änderungen im Bereich Datenschutz“, die die Zeitungen in ihrem Vertriebsmarketing schwer einschränkten. Gegen die Presse richteten sich auch die weiter zunehmenden Werbeverbote. Ausdrücklich lobt der BDZV die Grundsatzrede des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Um die Vielfalt und Qualität der Zeitungen zu sichern, so Rüttgers, müsse den Verlagen mehr Flexibilität garantiert werden. Dazu gehöre die Möglichkeit, sich umfassend im lokalen und regionalen Fernsehen und Radio zu engagieren. Außerdem müsse die Pressefusionskontrolle gelockert werden. Rüttgers fordert das Bundeswirtschaftsministerium auf, beim Thema Pressefusionskontrolle „aktiv zu werden“.

„Die Zeitung muss an sich selbst glauben, an die unternehmerische Kunst“, sagt Clemens Bauer, Vorsitzender des Zeitungsverlegerverbandes



Im Vergleich mit den USA sind die deutschen Zeitungen gut aufgestellt, das versichern (v.l.n.r.) Martin Kall, Oscar Bronner, Allan Marshall, Christian Nienhaus, Clemens Bauer und Werner Lauff (Moderator).



Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Eröffnung des Internationalen Zeitungskongresses von BDZV und ZVNRW: „Ich wünsche mir starke Medien.“

bands Nordrhein-Westfalen wie auch der Geschäftsführung Rheinische Post Verlagsgesellschaft (Düsseldorf). Martin Kall, Vorsitzender der Unternehmensleitung Tamedia AG in Zürich, drückt es so aus: „Wer nicht an sein Medium glaubt, sollte selbst verkaufen.“ Bei der von BDZV und ZVNRW ausgerichteten Diskussion geht es ebenso um funktionierende aktuelle Geschäftsmodelle in schwierigen Zeiten wie um erfolversprechende Zukunftsentwürfe. In einem sind sich auch die übrigen Teilnehmer der von Werner Lauff (Düsseldorf) moderierten Runde – Oscar Bronner, Gründer und Verleger des Wiener „Standard“; Allan Marshall, strategischer Berater des „Daily Telegraph“ (London); und Christian Nienhaus, Geschäftsführer der WAZ Me-

diengruppe in Essen – einig: Im Vergleich mit den USA seien die deutschen Zeitungen gut aufgestellt. Ihre tiefe regionale Verwurzelung schütze vor Überraschungen.

Zuvor hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert als Gastredner die Überzeugung vertreten, dass das Internet die Zeitung nicht ersetzen könne. Der typische Internetnutzer frage Sachverhalte nach, an denen er ein ausdrückliches Interesse habe, während der tägliche Nutzer einer Tageszeitung ein Informationsangebot erwarte und das Risiko eingehe, mit Inhalten konfrontiert zu werden, die andere für wichtig halten. Lammerts Hoffnung: „Ich wünsche mir starke Medien.“

Es sagen: Tagesspiegel-Online-Chefredakteurin Mercedes Bunz: Wir leben in einer Informationsgesellschaft, in der die Leute eigentlich dankbar sind, wenn sie keine Informationen bekommen. Thomas Steg, stellvertretender Sprecher der Bundesregierung: Es gibt eine Öffentlichkeit, die wir nicht erreichen, die abends auf dem Sofa mit der Fernbedienung konsequent jede harte News umschiffte. – Wie sich trotzdem Tag für Tag, Stunde für Stunde Nachrichten und Informationen an den Leser oder Nutzer bringen lassen, darüber streiten in der von Hajo Schumacher höchst unterhaltsam moderierten Diskussion abschließend auch noch Jost Springensguth, Chefredakteur der „Kölnischen Rundschau“, und der ehemalige „BamS“-Chefredakteur und heutige Politikberater Michael Spreng.

1. Juli

WAN und IFRA schließen sich zusammen

Der Weltverband der Zeitungen (WAN) in Paris und der international agierende technische Dienstleister der Zeitungen IFRA (Darmstadt)

schließen sich zu einer neuen Organisation zusammen: der World Association of Newspapers and News Publishers WAN-IFRA. Die so entstandene Organisation vertritt mehr als 18.000 Publikationen, 15.000 Online-Sites und 3.000 Unternehmen in mehr als 120 Ländern. Präsident der neuen Organisation wird bis 2011 Gavin O'Reilly, CEO von Independent News and Media (Dublin) und bisheriger Präsident des WAN; ihm folgt IFRA-Präsident Horst Pirker, Vorstandsvorsitzender der Styria Media.

9. Juli

Jahrespressekonferenz: Schwieriges Jahr 2009

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bekommen auch die Zeitungen zu spüren: In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ist das Anzeigenvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 Prozent zurückgegangen. „Das

Jahr 2009 wird als das bisher schwierigste in die Geschichte der Zeitungen eingehen“, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff anlässlich der Jahrespressekonferenz in Berlin. Im Prozess des Wandels vom reinen Zeitungsdruck zum komplexen Medienhaus treffe die allgemeine Wirtschaftskrise die Verlage mit voller Härte. Wolff macht deutlich, dass der BDZV direkte Staatshilfen ablehnt. Gleichwohl sei der Staat verpflichtet, die Rahmenbedingungen für die Presse zu verbessern. Wenn es der Politik wirklich ernst sei mit dem unverzichtbaren Beitrag der Zeitung für die Demokratie, müsse sich dies auch in der Gesetzgebung niederschlagen. Dazu zähle die Möglichkeit, sich weitaus stärker als bisher am lokalen und regionalen Hörfunk und Fernsehen zu beteiligen. Notwendig sei ferner eine Lockerung des Wettbewerbsrechts. Bestimmungen zu Kooperationen müssten liberalisiert werden. Das Kartellamt müsse seine

Spruchpraxis anpassen. Von der künftigen Bundesregierung erwartet der BDZV darüber hinaus, dass der derzeit geltende Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für Zeitungen weiter reduziert wird. Außerdem fordert der Hauptgeschäftsführer ein Leistungsschutzrecht für die Verlage. „Es geht um den Erhalt der Qualitätspresse in einer digitalisierten Welt“, erklärt Wolff. Das Geschäftsjahr 2008 verlief, so BDZV-Geschäftsführer Jörg Laskowski, nicht zufriedenstellend. Die Umsätze gingen um ein Prozent zurück. Während die Vertriebsumsätze stiegen, gab es bei den Anzeigen- und Beilagererlösen ein Minus von 4,1 Prozent. Der Gesamtumsatz der Branche in Höhe von 9,1 Milliarden Euro entspricht dem Niveau des Jahres 1995. Zufrieden zeigt sich der BDZV hingegen mit der Entwicklung der Zeitungsreichweiten im Internet. Gut vier von zehn Internetnutzern gehen regelmäßig

auf Zeitungswebsites. Innerhalb eines Jahres haben die Verlage die Zahl der regelmäßigen Nutzer von 15,5 auf 17,3 Millionen gesteigert. Dabei gibt es wenige Überschneidungen. Der Anteil derjenigen, die beide Medienangebote nutzen, liegt bei zehn bis 15 Prozent. Im Internet erreichen, so BDZV-Pressesprecher Hans-Joachim Fuhrmann, die Zeitungsmarken ein zum größten Teil neues und vor allem auch jüngeres Publikum.

9. Juli

Leistungsschutzrecht: BDZV-Präsident Heinen bei Bundesjustizministerin Zypries

Die Forderung der deutschen Zeitungsverleger nach einem eigenen Leistungsschutzrecht für Zeitungsinhalte im Internet steht im Mittelpunkt eines Gesprächs, das BDZV-Präsident Helmut Heinen in Berlin mit Bundesjustizministerin Bri-



BDZV-Jahrespressekonferenz in Berlin: volles Haus bei der Veröffentlichung der aktuellen Branchendaten in Berlin.



Die Rechteverfolgung im Internet muss vereinfacht werden, erläutert BDZV-Präsident Helmut Heinen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.



Spitzengespräch im Bundeskanzleramt: Unser Bild zeigt v.l.n.r. BDZV-Präsident Helmut Heinen, Bundeskanzlerin Angela Merkel, „F.A.Z.“-Geschäftsführer Roland Gerschermann und BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff.

gite Zypriens führt. Die Rechteverfolgung im Internet müsse vereinfacht werden, erläutert Heinen. Die Verleger wollten dabei auf die Systematik aufsetzen, wie sie im Urheberrecht bereits existiere. In einem nächsten Schritt müssten dann Bezahlmodelle für den Online-Content entwickelt werden. „Wir werden es nicht länger hinnehmen, dass aufwändig produzierte Qualitätsinhalte der Verlage von Dritten kommerziell genutzt werden, ohne dass dafür auch nur ein Cent an die Verlage zurückfließt“, sagt Heinen.

13. Juli

Bundeskanzlerin: Reduzierter Mehrwertsteuersatz wird nicht erhöht

Die Themen Leistungsschutzrecht, Mehrwertsteuer und Lockerung der Pressefreiheit stehen im Mittelpunkt eines Spitzengesprächs zwischen

Bundeskanzlerin Angela Merkel und BDZV-Präsident Helmut Heinen in Berlin. Die Bundeskanzlerin sagt zu, ein eigenes Leistungsschutzrecht für Inhalte von Presseverlagen im Internet zu prüfen. Dies sei insbesondere mit Blick auf weltweit agierende Konkurrenten am Markt, etwa große Suchmaschinen, geboten. Ferner versichert Frau Merkel, dass es allein schon angesichts der hohen Bedeutung, die Zeitungen für die Bildung der Bevölkerung hätten, mit ihr keine Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Presseerzeugnisse geben werde. Zur Frage der Lockerung der Pressefusionskontrolle äußert die Kanzlerin, dass sie grundsätzlich Handlungsbedarf sehe und die Tür dazu auch in Zukunft offen stehe.

Zeitungsjubiläen¹

200 Jahre

„Öffentliche Anzeigen für den Harz“ („Goslarsche Zeitung“), Goslar
„Solinger Tageblatt“, Solingen

175 Jahre

„Allgemeine Zeitung“, Coesfeld
„Der Bote“, Feucht
„Gandersheimer Kreisblatt“, Bad Gandersheim
„Lauterbacher Anzeiger“, Lauterbach
„Mindener Tageblatt“, Minden (J.C.C. Bruns Betriebs-GmbH)
„Oberhessische Zeitung“, Alsfeld
„Oldenburgische Volkszeitung“, Vechta
„Wetterauer Zeitung“, Bad Nauheim

160 Jahre

„Hersbrucker Zeitung“, Hersbruck
„Windsheimer Zeitung“, Bad Windsheim

150 Jahre

„Allgäuer Anzeigebblatt“, Immenstadt

140 Jahre

„Odenwälder Bote“, Groß-Umstadt
„Trostberger Tagblatt“

125 Jahre

„Murrhardter Zeitung“, Murrhardt

100 Jahre

„Kornwestheimer Zeitung“, Kornwestheim

60 Jahre

„Altbayerische Heimatpost“, Trostberg
„Hamburger Abendblatt“, Hamburg
„Nachrichten für den Außenhandel“, Frankfurt am Main
„Welt am Sonntag“, Berlin

55 Jahre

„Niederelbe-Zeitung“, Otterndorf

30 Jahre

„Maintal Tagesanzeiger“, Maintal
„taz – die tageszeitung“, Berlin

1) 1. August 2008 bis 31. Juli 2009.